

Bezirkslehrerausschuss in Tempelhof – Schöneberg



Beschluss des Bezirkslehrerausschusses Tempelhof / Schöneberg am 25.4.2013

„Selbstevaluationsportal“

Der Bezirkslehrer(innen)-Ausschuss Tempelhof-Schöneberg bekräftigt seinen Beschluss vom 29.9.2011 zum „Selbstevaluationsportal“. Er spricht sich nach wie vor gegen eine Befragung der Schüler_innen über das ISQ-Selbstevaluationsportal aus. Der BLA äußert Verständnis über den Unmut in den Kollegien über diese Anordnung. Der Bezirkslehrerausschuss fordert den Hauptpersonalrat auf, die Nichtbeteiligung der Personalvertretung als Bruch der Mitbestimmung zu monieren. Wir fordern den Hauptpersonalrat auf, bei der Abstimmung gegen diese Verordnung zu stimmen.

Der Unmut ist aus folgenden Gründen berechtigt:

- Die Kolleg_innen und deren Personalvertretungen wurden bei der Einführung und Erarbeitung nicht einbezogen. Diese Art, von oben herab so etwas einzuführen, zeigt mangelnde Wertschätzung der Beschäftigten.
- Die verpflichtende Selbstevaluation in dieser Form soll offenbar von Fehlentscheidungen und der personellen Unterversorgung der Schulen durch die Senatsverwaltung ablenken und den Kolleg_innen die Schuld zuschieben. So werden die Schüler_innen gefragt, ob der Lehrer sofort erkennt, wenn jemand im Unterricht nicht mitkommt. Dies ist in Anbetracht der vollen Klassen blanker Hohn. Die Mehrheit aller Kolleg_innen versucht unter schwierigen Bedingungen gute Arbeit zu machen.
- Das eigentliche derzeitige Qualitätsproblem ist die Überlastung der Lehrkräfte, die zu einer stetig steigenden Zahl von Langzeiterkrankten führt sowie die mangelnde Ausstattung mit ausgebildeten Fachkräften. (Ein erheblicher Anteil von Schulen ist weiterhin unter 100% ausgestattet.) Wie soll z.B. mit über 30 Schüler(innen) von einer Lehrkraft eine individuelle Förderung möglich sein? Diese Überlastung zu verringern, z.B. durch Verringerung der in den letzten Jahren ständig erhöhten Unterrichtsverpflichtung, weigert sich die Senatsverwaltung starrsinnig.
- Ein weiteres Qualitätsproblem ist die nicht ausreichende finanzielle Ausstattung der Bezirke, um die äußeren Aufgaben für Schule (z.B. Instandhaltung von Schulen und Turnhallen) zu erfüllen. Auch hier erfolgt die Mittelzuweisung durch den Senat. Bei der Evaluation wird nicht berücksichtigt, dass die räumliche Ausstattung oft gar keine Gruppenarbeit und individuelle Förderung erlaubt.

Entsprechende Unterrichtsmerkmale werden aber abgefragt, dies führt bei den Lehrkräften zur Frustration, die Ursachen werden aber nicht behoben.

- Unter diesen Bedingungen wird das „Selbstevaluationsportal“ in den Kollegien als Schikane empfunden, die die Lehrkräfte disziplinieren und spalten soll. Die zu befürchtende Folge wird ein weiteres Ansteigen von Burn-out –Symptomen in der Lehrerschaft sein.
- Nach den bisherigen Erfahrungen ist nicht auszuschließen, dass die Ergebnisse der eigentlich vertraulichen Selbstevaluationen die Schulleitungen zur Kenntnis erhalten. Die Anmerkung in der Vorversion der Verordnung, dass die Ergebnisse der Selbstevaluation nicht „unmittelbar“ für dienstliche Beurteilungen genutzt werden sollen, bestärkt diese Befürchtung.
- Die Selbstevaluation führt nicht zu vergleichbaren Ergebnissen, da die räumlichen Gegebenheiten, die Schülerzusammensetzung (z.B. auch Integrationskinder), die Unterscheidung nach „beliebten“ und „unbeliebten“ Fächern nicht berücksichtigt werden.
- Die Selbstevaluation ist in der vorgelegten Form ungeeignet, da zu viele, z.T. für Schüler_innen unverständliche Fragen enthalten sind. Bei manchen Fragen ist unklar, ob Schüler_innen überhaupt in der Lage sind, sie sachgerecht zu beantworten oder ob einfach Sympathie oder Antipathie gegenüber der/dem Lehrer_in oder dem Fach gegenüber eine maßgebliche Rolle spielt.
- Der organisatorische Aufwand ist viel zu groß und es wird wieder einmal dafür kostbare Unterrichtszeit verschwendet. Außerdem bedeutet es eine Mehrbelastung für die Kolleg_innen.
- Die Ausgestaltung der Befragung durch einen Verein (ISQ) bedeutet ein Outsourcen von Bildungsaufgaben an eine halbprivate Institution, in der u.a. Unternehmerverbände, aber keine Vertreter_innen der Beschäftigten sitzen.
- Diese Art der Evaluation ist der privaten Wirtschaft entnommen und bedeutet eine weitere Ökonomisierung der Institution Schule. Der Bildungsexperte Prof. Dollase hält diese Art von Evaluation für ungeeignet, Schulqualität zu verbessern.
- Nach den bisherigen Erfahrungen ist davon auszugehen, dass es nicht bei der bisherigen Form bleibt: Perspektivisch ist mit einer Veröffentlichung und mit einer Ausweitung auf alle Lerngruppen zu rechnen.
- Ungeklärt ist nach wie vor die Frage des Datenschutzes. So müssen die Kolleg_innen eine E-Mail-Adresse angeben, um sich in das Selbstevaluationsportal einzuloggen. Was geschieht mit diesen - zum großen Teil - privaten E-Mail-Adressen? Wie kann der Verein ISQ darauf zugreifen?
- Der Beschluss wendet sich hiermit nicht grundsätzlich dagegen, Schüler_innen zu befragen und bei Entscheidungen der Unterrichtsgestaltung einzubeziehen. Außerdem: Viele Lehrkräfte führen solche Befragungen in der einen oder anderen Form seit Jahrzehnten durch.

Ohne Gegenstimmen angenommen